

Apropos 71:

Wer Tausende von Toten auch auf dem Gewissen hat

Schon vor über 90 Jahren hat Rudolf Steiner klarsichtig auf «eine der bedeutsamsten Erscheinungen in der neueren Geschichte» hingewiesen, dass nämlich «für die Herrschertypen die Auslese der Schlechtesten nach oben sich vollzogen hat». Diejenigen, «die eigentlich die Herrschenden, die Regierenden sind, sind eine Auslese nicht der Besten; die Zeiten bringen es so mit sich, dass die Besten gerade in der neueren Zeit unten geblieben sind, die nach oben ausgelesenen, namentlich die in Führerstellung, sind eben vielfach nicht die Besten. Es ist die Selektion oftmals der Minderwertigen gewesen.»¹

«Die Auslese der Schlechtesten»

In einem anderen Vortrag betont Steiner, wie wichtig die Einsicht ist, «dass Einseitigkeit, die Auslese der Schlechtesten, da ist, wenn auch diese Schlechtesten angebetet werden von der (...) öffentlichen Meinung»². Er skizziert auch gleich den Hintergrund dieses Phänomens: «Diese Selektion der Minderwertigen beruhte ihrer menschlichen Wesenheit nach darauf, dass sie ein Erdenleben entfaltet, das nur eine sehr kurze vorhergehende Zeit zwischen dem letzten Erdenleben und diesem Erdenleben hatte. Bei vielen führenden Persönlichkeiten der neueren Zeit findet man eben diese Tatsache ausgeprägt, dass sie nach kurzem geistigem Leben schon wiederum auf die Erde zurückkehren. Dadurch sind sie wenig imprägniert vom Geistigen. Sie haben wenig geistige Impulse in sich aufgenommen in ihrem vorhergehenden Leben zwischen Tod und einer neuen Geburt. Sie sind aber umso mehr imprägniert mit alledem, was nur von der Erde hier gegeben werden kann.» Und weiter: «Das waren insbesondere die ökonomischen Menschentypen, jene mit kurzen vorhergehenden geistigen Leben, die ganz durchdrungen waren von dem, was nur die Erde als solche geben kann.» Es gab (und gibt) zwar auch «in der neueren Zeit» Menschen, «die längere Zeiträume durchgemacht haben zwischen dem Tod und der Geburt, die für die neuere Zeit in Betracht kamen; aber sie wurden zurückgedrängt. Das brachte so das Schicksal der historischen Entwicklung der Menschheit mit sich, das allgemeine Menschheitskarma.»¹

Wie weitsichtig Rudolf Steiner war, ist leicht zu sehen, wenn man nur ein bisschen zum Fenster hinaussieht. Die «Erdegebundenheit» ist mit Händen zu greifen: «Über Jahrzehnte hat der Westen mit Diktatoren aus Arabien, Afrika, Lateinamerika und Asien zusammen gearbeitet. Viele haben sich zu Lasten ihrer Bevölkerungen bereichert und Teile ihrer Vermögen ins Ausland gebracht.»³

Mit 1,5 Tonnen Gold ins Exil

Zum Beispiel der tunesische Präsident Zine el Abidine Ben Ali, der es jahrelang verstand, das Image eines skrupellosen Diktators zu vermeiden. Doch in diesem Jahr wandelte sich dieses Bild. Der 74-Jährige nahm Dutzende Tote in Kauf, als er versuchte, die erste große Protestbewegung seiner 23 Jahre dauernden Präsidentschaft niederzuschlagen. Plötzlich war er der Mann, der auf Demonstranten schießen lässt und Meinungs- und Versammlungsfreiheit missachtet. «Wie straffe Führung funktioniert, lernte Ben Ali von der Pike auf. Er wurde an Militäarakademien in Frankreich und den USA ausgebildet, später arbeitete er jahrzehntelang an der Spitze der militärischen und nationalen Sicherheit – unterbrochen von diplomatischen Auslandsaufenthalten.» 1987 putschte er gegen den damals senilen Habib Bourguiba und übernahm die Macht – «auch unter dem Beifall des Auslands. In seiner Antrittsrede versprach er Demokratie, Pluralismus und soziale Gerechtigkeit.»⁴ Nach 23 Jahren geduldigen Wartens hatte das tunesische Volk nun genug und begann, das Versprochene mit friedlichem Demonstrieren einzufordern. Zu einer besonderen Belastung für den Präsidenten wurde seine zweite Ehefrau. Die 63-jährige Leila Ben Ali gilt in weiten Teilen der Bevölkerung als rücksichtslos und habgierig. Ihrer Familie, dem Trabelsi-Clan, werden Korruption und hemmungslose Bereicherung vorgeworfen. «Leila Ben Ali ist die meistgehasste Frau des Landes», heißt es in Tunesien. Als der Druck des Volkes («Ben Ali, verschwinde!») immer größer wurde, floh der Ben-Ali-Clan ins Exil nach Saudi-Arabien – in der tunesischen Zentralbank fehlten danach 1,5 Tonnen Goldbarren im Wert von rund 45 Millionen Euro⁵; sozusagen als Sackgeld für die Reise, falls die im Ausland gebunkerten über fünf Milliarden Euro⁶ nicht sofort zugänglich wären.

Gratisferien. Mit «Air Dictature»

Eigentlich hatte der abgehalfterte tunesische Präsident zu seinen Freunden nach Paris gewollt. Das war aber dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der Ben Ali im Jahr 2008 noch «Fortschritte bei der Wahrung der Menschenrechte» bescheinigt hatte, politisch zu riskant; jetzt erklärte er: «Frankreich hat das Ausmaß der Verzweiflung der Tunesier unterschätzt.» Er zog auch sonst die Notleine – irgendwie muss man ja versuchen, im Hinblick auf die nächsten Wahlen aus dem Allzeit-Umfragetief herauszukommen – und schrieb seinen Ministern vor, dass sie ihre Ferien künftig vorrangig in Frankreich verbringen. Wer

innerhalb des Staatswesens eine große Verantwortung trage, müsse sich «mustergültig» verhalten, erklärte er. «Wer eine Einladung aus dem Ausland annehmen wolle, müsse sie künftig vom Regierungschef genehmigen lassen; außerdem werde der diplomatische Stab des Präsidenten prüfen, ob sie mit der französischen Außenpolitik vereinbar sei.»⁷ «Halb amüsiert, halb angewidert» verfolgten die Franzosen «seit Wochen den Fortsetzungsroman über ihre Minister und deren Gratisferien. Mit ›Air Dictature‹. Und dass dieser etwas eigene ›Club Med – all inclusive‹ offenbar Tradition hat. ›Kein Staatschef hat je seinen Aufenthalt in Ägypten, Tunesien oder Marokko bezahlt‹, analysiert die Tageszeitung *Le Monde*.»⁸

Sarkozys Notbremse

«Die alten Bilder» tauchten wieder auf – «im Internet, im Fernsehen, in den Zeitungen: der französische Präsident Nicolas Sarkozy in den Armen seines tunesischen Amtskollegen Ben Ali. Sarkozy beim Erhalt der Ehrenbürgerschaft von Tunis. Sarkozy, wie er den ›Fortschritt auf dem Weg zu mehr Freiheit und Toleranz in Tunesien‹ lobte.» Bei einem Staatsbesuch hatte Sarkozy «dem ehemaligen Protektorat Tunesien die feste Freundschaft Frankreichs zugesichert. Die damalige Staatssekretärin für Menschenrechtsfragen, Rama Yade, musste eine Zusammenkunft mit einer tunesischen Menschenrechtsgruppe absagen. Stattdessen warb der Präsident für den Einsatz französischer Nukleartechnologie und andere Geschäfte der hundert mitgereisten Unternehmer. Er lobte Ben Alis Kampf gegen den Terrorismus und für die Gleichberechtigung der Frauen.»⁹ Um die Bilder möglichst wieder wegzu drängen, zog Sarkozy die Notbremse und legte der Außenministerin den Rücktritt nahe, weil sie mit ihren Eltern auf Kosten von Ben Ali in Tunesien Urlaub machte und diese dort mit einem Clan-Angehörigen Immobiliengeschäfte abschlossen. «In bester Tradition» versuchte Michèle Alliot-Marie «die gefährlichen Freundschaften zunächst abzustreiten, dann schönzureden, schließlich doch einzugestehen, was längst jeder wusste: Die Vorzeigeministerin ließ sich noch von der Diktatoren-Clique verwöhnen, als die tunesische Revolution bereits ausgebrochen war. Nur drei Tage, bevor der tunesische Machthaber Ben Ali nach Saudi-Arabien flüchtete, erklärte Alliot-Marie feierlich im Parlament: ›Ich habe unseren tunesischen Partnern angeboten, mit unserem Knowhow in Sachen Demonstrationen auszuhelfen.‹ Sie sprach von Amtshilfe der französischen Polizei bei der Schulung der tunesischen Polizei. Bei den Massenprotesten starben mehr als 200 Menschen. Später stellte der Zoll am Pariser Flughafen Roissy eine mysteriöse 7-Tonnen-Lieferung an die tunesische Regierung sicher (Tränengas, Polizeiausrüstung, kugelsichere Jacken). Sie verließ Frankreich nie, der Elysée-Palast habe den Deal gestoppt, wird gemun-

kelt.»⁸ Michèle Alliot-Marie – sie musste noch eine zweite Gratisreise einräumen – wurde immer isolierter. Nur Premierminister François Fillon stellte sich noch hinter sie. Doch «seine Glaubwürdigkeit tendiert mittlerweile gegen null: Er hat seine eigene ›Air-Mubarak-Affäre‹ am Hals. Der Regierungschef verbrachte die Tage zwischen den Jahren nämlich mit seiner Familie in Ägypten. Mit einem bekannten Fortbewegungsmittel im Land: einem Jet der ägyptischen Regierung des inzwischen ebenfalls zurückgetretenen Diktator Hosni Mubarak, der mehr als 15 Milliarden Euro veruntreut haben soll. Als sich der Premierminister öffentlich rechtfertigen musste, «klang er wie sein Buchhalter: Er sei ›von ägyptischen Behörden untergebracht worden‹ (es war ein 5-Sterne-Hotel bei Assuan). Für den Ausflug in die 280 Kilometer entfernte antike Tempelanlage von Abu Simbel stellte Mubarak – freundlicherweise – ein Flugzeug zur Verfügung. Und finanzierte eine Nil-Tour. Nach Ägypten nahm er den Regierungsjet. Kurzum: all inclusive.»

(Apropos: Nachfolger als Außenminister wurde Verteidigungsminister Alain Juppé, der 2004 wegen illegaler Parteienfinanzierung zu vierzehn Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden war.)

Das Vorbild des französischen Präsidenten...

Präsident Sarkozy hat spät und schlecht und ziemlich dilettantisch auf die Krise in den arabischen Ländern reagiert; zudem hat er selbst einige Flecken auf seiner Weste: In den Weihnachtsferien machte er Urlaub «auf Einladung» in einem Palast von Marokkos König Mohammed VI. Der von ihm proklamierten «Vorbildfunktion» war auch wenig dienlich, dass er sich – 2007 zum Liebesurlaub mit Carla Bruni – in der Privatmaschine des französischen Milliardärs Vincent Bolloré nach Ägypten fliegen ließ. All inclusive ... Der Luxusurlaub (die Suiten im Old Winter Palace im Zentrum von Luxor werden pro Nacht mit etwa 770 Euro berechnet) wurde auch medial inszeniert. Für die Weihnachtstage waren Besichtigungen der historischen Stätten aus der Pharaonen-Zeit geplant. Der ägyptische Kulturminister Faruk Hosni erklärte sich bereit, die Führungen zu übernehmen.¹⁰ Am 30. Dezember führte er dann ein offizielles Gespräch mit dem ägyptischen Diktator Hosni Mubarak. An der anschließenden Pressekonferenz erklärte er: «Zunächst einmal will ich sagen, wie sehr ich mich freue, hier in Ägypten bei Präsident Hosni Mubarak zu sein. (...) Was ich sagen will, ist, dass Frankreich die Rolle Ägyptens für sehr wichtig hält, vor allem die Rolle von Präsident Hosni Mubarak, und zwar nicht nur für die Fragen der Region, die er sehr gut kennt, sondern für eine Frage, die für unsere Zukunft äußerst wichtig ist, nämlich für den Dialog zwischen Osten und Westen. Ich will dem ägyptischen Präsidenten sagen, wie sehr ich seine Erfahrung, seine Weisheit, seine gemäßigte Sicht der

weltweit wichtigen Fragen schätze; er bevorzugt den Dialog, den Konsens und die Zusammenkunft, in einer Region, die Frieden braucht und keinen Krieg. Ägypten ist für Frankreich ein wichtiger Partner und Präsident Hosni Mubarak ist für uns ein Freund.»¹¹

Mubaraks Stasi und der Großmufti

Zeugnis für Weisheit, gemäßigte Sicht und Dialogbedürfnis des Hosni Mubarak legen geheime Akten aus den Archiven der gefürchteten Staatssicherheit, die aufgebrauchte Ägypter in den letzten Wochen vor der bereits begonnenen Vernichtung retten konnten... «Aus einem besonders brisanten Bericht von 2007 etwa geht hervor, dass der Geheimdienst 2005 eine Islamistengruppe beauftragte, in Scharm al Scheich mehrere Bombenanschläge in der Nähe von Hotelanlagen zu verüben. Das Aktenmaterial erweckt den Eindruck, als habe Mubaraks Sohn Gamal dahintergestanden, er hatte wohl eine offene Rechnung mit dem Hotelier Hussein Salem. Aktiv wurden die Geheimdienstler auch, wenn es darum ging, regimiekritische Juristen zu disziplinieren. (...) Informanten wurden, wie eine lange Namensliste demonstriert, in großem Stil auch unter den Muslimbrüdern gewonnen. Die Staatssicherheit, so entnimmt man einem geretteten Organigramm, verfügte über eine riesige Abteilung, die nur mit der Observierung der Muslimbruderschaft befasst war. Allerdings wurden nicht nur oppositionelle Islamisten überwacht. Man beschattete sogar den ägyptischen Großmufti Ali Gomaa, dessen Frauenaffären ebenso penibel dokumentiert wurden, wie man Menschenrechtler und Journalisten systematisch ausspionierte.»¹²

Apropos: «Über das Vermögen der Familie Mubarak kursieren unterschiedliche Schätzungen. Eine algerische Zeitung nannte im vergangenen Jahr einen Betrag von 40 Milliarden Dollar; es gibt aber auch Schätzungen bis in den Bereich um 70 Milliarden Dollar.» Die Mubaraks sollen den größten Teil ihres Vermögens ins Ausland gebracht haben, «vor allem wohl in die Vereinigten Arabischen Emirate. Das Regime von Mubarak hat – als friedliches Nachbarland von Israel – jährlich hohe Zuwendungen aus den Vereinigten Staaten erhalten.»³

Wie Sarkozy und Blair einen Massenmörder hofierten

Die Vertreibung des Diktators Mubarak von der Macht hat mindestens 365 Menschenleben und über 5500 Verletzte gefordert. Zu Tausenden von Toten und noch viel mehr Verletzten führten die Ereignisse in Libyen, die beim Schreiben dieser Kolumne noch immer im Gang sind. Auch hier stand der französische Präsident an der Spitze der Entwicklung: Im Juli 2007 besuchte Nicolas Sarkozy Muammar al-Gaddafi in Tripolis. «Die Visite war ein Signal für die Rehabilitation des lange geächteten li-

byschen Staatschefs als Gesprächspartner für westliche Spitzenpolitiker. Am Tag zuvor hatte Gaddafi auf Betreiben Sarkozys eine Gruppe als Geiseln genommener bulgarischer Krankenschwestern freigelassen. Aber der Franzose war auch als Handelsvertreter für seine heimischen Waffenschmieden unterwegs.» Nun wurde ein Vertrag über eine umfassende militärische Zusammenarbeit beider Länder und die Lieferung von Rüstungsgütern an Libyen unterschrieben. «Kurz darauf gab der paneuropäische Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS, dessen größter Einzelaktionär der deutsche Autobauer Daimler ist, die Lieferung von Panzerabwehrraketen an Gaddafis Regime im Wert von 168 Millionen Euro bekannt.» Pieter Wezeman vom Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut (Sipri) meint: «Europäische Regierungschefs wie Sarkozy und Tony Blair haben sich in Libyen willig für ihre Rüstungshersteller eingesetzt, und die Motive dafür waren in erster Linie kommerziell.»¹²

Noch bis vor kurzem haben «nicht zuletzt europäische Rüstungshersteller nach Kräften versucht, mit dem aufgrund seiner Petrodollars zahlungskräftigen Despoten und anderen autokratisch regierten Staaten in der Region ins Geschäft zu kommen». Auf der libyschen Luftfahrtmesse Lavex präsentierte die Industrie noch 2009 Kriegsgewehre. Der französische Flugzeugbauer Dassault rüstete «veraltete Mirage-Flugzeuge der Libyer nach – Maschinen, die Gaddafi nach Erkenntnissen des Sipri heute gegen die libyschen Revolutionäre einsetzt». Auch der amerikanische Waffenriese General Dynamics nutzte die Gelegenheit. Belgien lieferte Schusswaffen und Munition. Russland versprach die Lieferung von Kampffjets vom Typ SU-35. «Am italienischen Rüstungskonzern Finmeccanica, der ebenfalls zu den Gaddafi-Lieferanten zählt, hält Libyen sogar eine Beteiligung von 2 Prozent.» Auch die deutsche Industrie, «die einer der größten Waffenexporteure der Welt ist, mischte im libyschen Rüstungshandel kräftig mit»: Nach dem Waffenexportbericht der Europäischen Union wurden 2009 Ausfuhrlizenzen im Wert von 53 Millionen Euro für Lieferungen aus Deutschland nach Libyen erteilt. «Deutschland war damit in der EU vor Frankreich und Großbritannien der größte Lieferant von Militärausrüstung für Gaddafis Regierung».

Finanzielle Mittel hat der Gaddafi-Clan genug. Der libysche Staatsfonds, die Libyan Investment Authority (LIA), ist mit 70 Milliarden Dollar auf Platz 13 der größten Staatsfonds der Welt. Die LIA – bei der die Gaddafis selbstverständlich das Sagen haben – «hält in ganz Europa Beteiligungen, darunter an dem britischen Medienkonzern Pearson, den Großbanken HSBC und UniCredit, am italienischen Maschinenbauer Finmeccanica, angeblich am italienischen Ölkonzern Eni und über die Libyan Arab Foreign Investment Company (Lafico) auch am Fußballclub Juventus Turin»³.

Die kleine Schweiz gehört auch zu Europa. Deshalb kann es nicht verwundern, dass auch sie sich an diesen einträglichen Geschäften beteiligen wollte: «Über vier Jahrzehnte lieferten Schweizer Firmen auch Kriegsmaterial ans Gaddafi-Regime»: Chemiewaffen (Giftgas), Atomtechnik und Bunker (als Schutz vor A- und C-Waffen).¹³

Partys mit der Wall-Street

Aber nicht nur Europa war an Gaddafis Milliarden interessiert: «US-Finanzgrößen feierten Partys in der libyschen Wüste, schickten Tony Blair als Verhandler: Seit George Bushs Tagen buhlte die Wall Street um Gaddafis Ölgelder – und sicherte sich milliardenschwere Aufträge. Erst jetzt wird klar, wie weit die Geldhäuser dem wirren Despoten entgegenkamen.» Tony Blair hatte Muammar al-Gaddafi schon zu Amtszeiten als Premier Großbritanniens stets hofiert. «Seit seinem Abschied aus der Downing Street dient Blair der Privatwirtschaft. Einer seiner Arbeitgeber: die Wall-Street-Großbank JPMorgan Chase.» Diese hat offenbar bis vor kurzem enge finanzielle Kontakte zu Gaddafi unterhalten. «Nach übereinstimmenden Berichten mehrerer US-Medien managte Amerikas zweitgrößte Geschäfts- und Investmentbank Abermillionen Dollar aus den Beständen des libyschen Staatsfonds Libyan Investment Authority (LIA).» Laut *Huffington Post* «besteht die JPMorgan-Verbindung seit 2008 – dem selben Jahr, als Blair bei der Bank als Berater für «globale politische und strategische Fragen» anheuerte, zum Jahressalär von rund einer Million Dollar». Momentan haben aber beide Pech, Blair wie Bank: Inzwischen «ließ US-Präsident Barack Obama alle Einlagen der Gaddafi-Familie bei US-Banken und Institutionen einfrieren, einschließlich der LIA-Gelder. Nach Angaben des zuständigen US-Finanzstaatssekretärs David Cohen handelt es sich um insgesamt mindestens 30 Milliarden Dollar – die größte derartige Kontensanktion in der US-Geschichte.» Wie *New York Times* und *Huffington Post* recherchierten, «betrifft die Sperrung aber nicht nur JPMorgan Chase, sondern auch andere Finanzgrößen, etwa Goldman Sachs, Citigroup und den New Yorker Private-Equity-Giganten Carlyle». LIA-Vizechef Mustafa Zarti sei von der Wall Street hell begeistert gewesen, besonders imponiert hätten ihm schillernde Wall-Street-Namen wie Goldman Sachs. Als Zarti 2009 heiratete, lud er dazu «auch Stephen Schwarzman ein, den legendären US-Investor und Gründer der Kapitalbeteiligungsgesellschaft Blackstone, sowie Carlyle-Geschäftsführer David Rubenstein. (...) Auch habe Schwarzman im November 2008 Gaddafis Sohn Saif al-Islam bei einem Lunch in seinem Penthouse an der Park Avenue bewirtet. Bei selbiger Visite habe Carlyles Ex-Chairman, der frühere US-Verteidigungsminister Frank Carlucci, ein Dinner zu Ehren von Gaddafi Jr. im City Club gegeben, einem kleinen, aber

feinen Luxushotel in Midtown.» Gaddafis Milliarden wurden in den USA auf Sperrkonten verbracht, so dass die Banken Millionengebühren verlieren. Obamas Entscheidung «bleibt so lange bestehen, wie das Weiße Haus es will. Durch die Blockade der Milliarden sichert sich die US-Regierung so indirekt auch Einfluss auf jeden potentiellen Nachfolger Gaddafis.»¹⁴

Wer einen kokainsüchtigen (laut französischem Geheimdienst) Massenmörder (Libyens zurückgetretener Justizminister kann beweisen, dass er den Befehl zum Absturz der Pan-Am-Maschine mit 259 Menschen an Bord über Lockerbie gegeben hat¹⁵) hofiert und – wie gezeigt – bedenkenlos aufrüstet, macht sich mitschuldig am von ihm verursachten Tod von Tausenden von Menschen. Die «Auslese der Schlechtesten» hat eben Folgen. Fortsetzung folgt...

Boris Bernstein

P.S. Frank, der junge Mann, der – wie hier mehrmals geschildert – in mein Leben gepurzelt ist, will sich auch diesmal zur Problematik nicht äußern, er liegt zwar nicht mehr weit weg an einem wunderschönen Badestrand, sondern muss jetzt den Stress von sehr wichtigen Prüfungen bewältigen und mag sich deshalb nicht auch noch mit Weltproblemen beschäftigen. Als Gruß hat er aber nochmals eine pikante Geschichte geschickt: Herr Schulze möchte sich ein neues Gehirn leisten und geht deshalb zum Arzt. Der Chirurg erklärt ihm die Möglichkeiten: «Ein normales Gehirn kostet 1000 Euro, eines von einem Akademiker 5 000 Euro. Dann gibt es hier noch einige, wenn auch wenige Gehirne von verbiesterten Steiner-Gegnern, die kosten 10 000 Euro.» Herr Schulze wundert sich: «Warum sind denn ausgerechnet Gehirne von Steiner-Gegnern, und dann noch verbiesterten, am teuersten?» Der Chirurg: «Ganz einfach, die sind halt noch nie benützt worden und daher völlig neu.»

1 Rudolf Steiner, GA 191, 12.10.1919.

2 Rudolf Steiner, GA 172, 13.11.1916.

3 www.faz.net 11.3.2011.

4 DPA-Meldung vom 14.1.2011.

5 *Le Monde*, 17.1.2011.

6 *Spiegel Online*, 18.1.2011.

7 AFP-Meldung vom 9.2.2011.

8 *Focus Online*, 14.2.2011.

9 www.faz.net 19.1.2011.

10 www.sueddeutsche.de 25.12.2007.

11 www.botschaft-frankreich.de 7.1.2008.

12 www.faz.net 8.3.2011.

13 *Tages Anzeiger, Zürich* 11.3.2011.

14 *Spiegel Online*, 7.3.2011.

15 *Expressen*, 23.2.2011